

Ein **Vortrag** von
Claudia Haydt
zum Antikriegstag

**ANTI
KRIEGS
TAG**

Frieden in der Ukraine und im Krieg in Gaza?

*Was tut die Bundesregierung?
Was könnte sie tun?*



Anlässlich des 85. Jahrestages
des Beginns des Zweiten Weltkriegs
stellt sich auch die Frage nach der
Verantwortung der Bundesregierung.

Freitag, 30. August 2024
19.00 im EineWeltHaus

Schwanthalerstr. 80, München
(nächst U4/U5 Theresienwiese)

www.muenchner.friedensbuendnis.de

E-Mail: friedensbuero@muenchner-friedensbuendnis.de


**Münchener
Friedensbündnis**

V.i.S.d.P.: K. Maehler, c/o Friedenbüro e.V., Frauenlobstraße 24, 80469 München, Eigendruck im Selbstverlag, Gestaltung: Wob

Die NATO auf zunehmend gefährlichem Konfrontationskurs

Beim Jubiläumsgipfel der NATO wurde deutlich, dass die Bundesregierung nicht bereit ist, vom Kurs der uneingeschränkten Unterstützung der Ukraine mit weiteren Waffenlieferungen abzurücken. Stattdessen soll die Ukraine in die NATO aufgenommen werden.

Der weitere Aufrüstungskurs soll mit einer Vereinbarung von US-Präsident Biden und Bundeskanzler Scholz zur Stationierung von Marschflugkörpern und über Hyperschallraketen vorangetrieben werden. Statt Abrüstung setzt die NATO auf weitere Aufrüstung. Minister Pistorius forciert weitere milliardenschwere Aufrüstungsprogramme. – Eskalation statt Deeskalation.

Alle Vorschläge über Verhandlungen zu einem Ende des russischen Angriffskriegs zu kommen, wurden von westlicher Seite abgelehnt. Die Verhandlungen über den Zehn-Punkte-Plan von Istanbul, den die Ukraine Ende März 2022 vorgelegt hatte, wurden auf Intervention des damaligen Premierministers Johnson abgebrochen. Italiens Friedensplan, ein mexikanischer Vorschlag, ein Vorschlag der Afrikanischen Union, die Friedensinitiative von Lula da Silva, Chinas 12-Punkte-Plan, ein indonesischer Friedensplan, alle diese Initiativen wurden vom Westen nicht aufgegriffen und versandeten.

Katastrophale humanitäre Krise im Gazastreifen

Trotz der katastrophalen Lage im Gazastreifen spricht sich die Bundesregierung nach wie vor nicht für einen Waffenstillstand aus. Kanzler Scholz bekräftigt das „Recht auf Selbstverteidigung“. Diese Feststellung wird als Formel genutzt, um der Forderung nach Einstellung der Kampfhandlungen eine Absage zu erteilen. Die Begründung der Außenministerin Annalena Baerbock: man müsste „davon ausgehen“, dass die Hamas ihre Angriffe fortsetzen werde. Belege nannte sie nicht. Notwendig wäre ein sofortiger Waffenstillstand und der Stopp der Waffen- und Munitionslieferungen an Israel. Stattdessen unternimmt sie ergebnislos diplomatische Reisen im Nahen Osten. Laut Tagesschau vom 8. 11. 2023 hat die Bundesregierung bis Anfang November 2023 deutlich mehr Rüstungsexporte nach Israel genehmigt als im Vorjahr. Der Wert stieg von 32 auf 303 Millionen €.

Claudia Haydt ist Soziologin und Religionswissenschaftlerin und arbeitet für die Informationsstelle Militarisierung. Die Militarisierung in der EU und die Bundeswehr gehören ebenso zu ihren Themenschwerpunkten wie die Konstruktion von Feindbildern. Sie setzt sich damit auseinander, wie sie konstruiert und instrumentalisiert werden und welche Rolle dabei die Medien spielen.

Die **Informationsstelle Militarisierung (IMI)** e.V. arbeitet seit 1996 in einem breiten Spektrum friedenspolitischer Themen mit einem starken Fokus auf der Rolle Deutschlands in der Welt. Als gemeinnütziger Verein ist es Ziel des IMI, mit Analysen und Informationen einen Beitrag zur „Völkerverständigung“ zu leisten. Die Informationsstelle versteht sich dabei als eine Mittlerin zwischen Friedensbewegung und Wissenschaft und deren Bearbeitung von Konflikten und Konfliktkonstellationen.